

# Bewegungs-aktuell

stiftung

Anstöße für soziale Bewegungen Nr. 2/2011



Wie hier am 28. Mai in Berlin demonstrieren seit Monaten Hunderttausende für einen schnellen Atomausstieg und erhöhen so den Druck auf die Bundesregierung. Foto: Christian Mang

## Protest und Chancen

Was uns Fukushima über den Einfluss sozialer Bewegungen lehrt



**Dr. Felix Kolb**  
Mitglied im Stiftungsrat  
der Bewegungstiftung  
und Geschäftsführer  
von Compact

Für viele unserer MitbürgerInnen steht im Hinblick auf Regierungen, Parlamente und PolitikerInnen fest: Die machen doch ohnehin, was sie wollen! Ergo: Politisches Engagement lohnt sich nicht. Der Blick nach Nordafrika zeigt, dass dieses fatalistische Mantra selbst in Diktaturen allenfalls eingeschränkt zutrifft.

Die aktuelle Debatte über die Zukunft bzw. das Ende der Atomenergie in Deutschland illustriert eindrucksvoll: In Staaten, in denen sich die politischen Eliten freien und geheimen Wahlen stellen müssen und Engagement durch Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt ist, können Regierungen erst recht nicht einfach machen, was sie wollen.

Freilich, auch in demokratischen Staaten tun PolitikerInnen nicht immer – und vor allem nicht sofort – was soziale Bewegungen fordern. Gegen die öffentliche Meinung und trotz der massiven Proteste der Anti-AKW-Bewegung beschloss die Bundesregierung die AKW-Laufzeitverlängerungen. Selbst soziale Bewegungen, die Hunderttausende auf die Straßen mobilisieren können, haben keine Erfolgsgarantie.

Keine sechs Monate später haben sich die Vorzeichen der Debatte gedreht. Gestritten wird jetzt über den Termin für die schnellstmögliche Abschaltung aller Atomkraftwerke. Die nukleare Katastrophe in Fukushima hat ein riesiges »Fenster der Veränderung« aufgestoßen. Mit diesem blumigen Begriff beschreiben BewegungsforscherInnen den Umstand, dass unvorhersehbare Ereignisse die Chance eröffnen, große Veränderungen zu bewirken – insbesondere dann, wenn sie in Zeiten wichtiger Wahlen auftreten. Vermutlich hätten sich Union und FDP auch ohne die anstehenden Landtagswahlen atompolitisch neu positionieren müssen.

Aber die Geschwindigkeit und die Tiefe der Veränderung wären ohne das drohende Desaster an den Urnen sehr unwahrscheinlich gewesen.

Dass Katastrophen nicht automatisch Veränderungen bewirken, zeigt der Blick in anderen Staaten. Debatten um die Sicherheit der AKWs gibt es zwar überall. Aber an die politischen Veränderungen in Deutschland reichen sie nirgends auch nur annähernd heran. Warum? Ein wichtiger Grund ist die einzigartige Breite und Stärke der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland.

In keinem anderen Land der Erde ist es der Bewegung gelungen, sich ihre Mobilisierungskraft über nun fast 40 Jahre zu erhalten. Dazu hat in den letzten Wochen und Monaten auch die Bewegungstiftung einen Beitrag geleistet. Die Vorbereitung der großen bundesweiten Demonstrationen nach Fukushima Ende März und Ende Mai hat sie, unterstützt von StifterInnen, mit Bürgschaften in Höhe von jeweils 150.000 Euro abgesichert.

So wichtig politische Chancen für Veränderung sind: Chancen müssen auch genutzt werden. Und dazu bedarf es starker und lebendiger Bewegungen. Erst wo Protest und Chancen zusammentreffen, kommt es zu politischem Wandel.

### Helfen Sie mit, Bewegungen erfolgreicher zu machen!

Spenden Sie in unseren Fördertopf!  
Zum Beispiel online unter:  
[www.bewegungstiftung.de](http://www.bewegungstiftung.de)

## Termine

### Tagung

**17. – 19. Juni** (Freitag – Sonntag)  
**»Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen«**,  
Frankfurt am Main

### Antragsschluss

**Dienstag, 6. September**  
Bewegungstiftung und  
Stiftung bridge

# Wattestäbchen on Tour – eine Kampagne gegen polizeiliche DNA-Speicherung

Gastbeitrag von Susanne Schultz vom Gen-ethischen Netzwerk



Willi Watte ist immer dabei: Mitglieder der Kampagne »DNA-Sammelwut stoppen« mit ihrem Maskottchen bei der Aktion vor dem Bundesjustizministerium in Berlin. Foto: Lutz Wallroth

»DNA-Sammelwut stoppen!« prangt in großen Lettern auf der Straße vor dem Bundesjustizministerium in Berlin. Geschrieben haben es AktivistInnen des Gen-ethischen Netzwerkes (GeN) aus tausenden von Wattestäbchen. Anschließend überreichen sie einen offenen Brief an die Bundesjustizministerin. Viele Organisationen für Bürgerrechte und Datenschutz haben ihn mit unterzeichnet. Immer mit dabei ist das Maskottchen Willi Watte, ein überdimensioniertes Wattestäbchen auf zwei Beinen.

Mit der Aktion und dem offenen Brief startete Ende Mai eine Kampagne, die auf die drastische Expansion von polizeilichen DNA-Datenbanken und ihre internationale Vernetzung aufmerksam machen soll. Inzwischen sind über 700.000 DNA-Profile in der Datenbank des Bundeskriminalamtes (BKA) erfasst. Dabei dient diese biologische Vorratsdatenspeicherung nicht vorrangig der Verfolgung von Mord und Vergewaltigung: Diese Delikte machen weniger als vier Prozent der bisherigen Datenbanktreffer aus. Mehrheitlich wird längst Kleinkriminalität verfolgt, vor allem Diebstahl.

Zudem werden die riesigen Datenspeicher der Polizeien derzeit international vernetzt; europaweit soll dies bereits Ende August abgeschlossen sein, die Vernetzung mit den USA soll folgen. Auch wenn sich von Diebstahl

Betroffene sicherlich eine Aufklärung der Delikte wünschen – dafür massenhaft sensible biologische Informationen in Datenbanken zu horten, steht nach Meinung des GeN in keinem Verhältnis. Denn niemand kontrolliert, was mit diesen DNA-Profilen passiert und wer auf sie zugreift. Außerdem sagen die Datenbanktreffer, mit denen das BKA für die Datei wirbt, noch nichts darüber aus, wie viele Delikte tatsächlich durch die DNA-Datenbanken aufgeklärt werden können. Denn JuristInnen wissen: Die DNA allein ist noch kein Beweis; meist gehen DNA-Profile allenfalls als zusätzliche Indizien in ein Verfahren ein.

Dass DNA-Analysen auch in die Irre führen können, hat dagegen der Skandal um das Heilbronner Phantom gezeigt. Zwei Jahre lang fahndete die Polizei international nach

einer Verdächtigen, die scheinbar an diversen Tatorten DNA-Spuren hinterlassen hatte. Schließlich stellte sich heraus, dass die DNA von einer Verpackerin von Wattestäbchen stammte, die für die Spurensicherung verwendet worden waren.

Wen geht das Thema DNA-Datenspeicherung an? Das GeN meint: alle. Die Logik des präventiven Sicherheitsstaates ist es, die Grenzen der Überwachung auf immer mehr Bevölkerungsgruppen auszudehnen. Dies zeigt das Beispiel Großbritannien, wo bereits DNA-Profile von fast zehn Prozent der Bevölkerung erfasst sind. Die schleichende Expansion der Erfassung geschieht dabei auch durch alltägliche Behördenwillkür. Eine Stichprobe des Datenschutzbeauftragten in Baden-Württemberg ergab, dass 42 Prozent der von ihm geprüften DNA-Personenprofile widerrechtlich gespeichert waren und gelöscht werden mussten.

Als ersten Schritt fordert das GeN deshalb eine permanente und unabhängige Kontrolle der DNA-Datenbank des BKA. Außerdem will die Kampagne Betroffene darüber informieren, wie sie sich gegen die polizeiliche Sammelwut zur Wehr setzen können – von der Verweigerung einer »freiwilligen« Speichelprobe bis zu einer Verfassungsbeschwerde. Grundsatzposition der UnterzeichnerInnen des offenen Brief ist eine generelle Absage an die DNA-Datenspeicherung und damit auch eine Absage ans Mitmachen bei kriminologischen Erwägungen und Grenzziehungen.

Doch kritische Positionen haben es schwer. Gerichtsmedizinische TV-Serie umgeben die DNA-Analyse mit einem Hauch weltläufiger Hightech-Perfektion, während sie kaum noch als Frage des Datenschutzes thematisiert wird. Mit einem Kinospot, öffentlichen Aktionen und einer Unterschriftensammlung will das GeN die Diskussion dazu anfachen.

## Unsere Förderung:

Die Stiftung bridge unterstützt die Kampagne mit einem Zuschuss von **9.800 Euro**.

Mehr Infos unter:  
[www.fingerwegvonmeinerdna.de](http://www.fingerwegvonmeinerdna.de)

# »Ich wünsche mir, dass die Stiftung unnötig wird«

StifterInnen im Gespräch: Stefan Krause\* und Christina Hansen



Jung und engagiert: Stefan Krause und Christina Hansen haben sich bereits mit Anfang 20 für eine Zustiftung in der Bewegungsstiftung entschieden.

Fotos: Kai Horstmann

**Christina, Stefan, viele stellen sich unter StifterInnen eher ältere Menschen vor. Ihr habt Euch mit Anfang 20 entschieden, Stifter in der Bewegungsstiftung zu werden. Warum? Was war Eure Motivation?**

**Christina:** »Meine Mutter und mein Onkel sind schon seit einigen Jahren Stifter in der Bewegungsstiftung. Dadurch habe ich schon früh mitbekommen, was die Stiftung macht und was man mit Geld bewegen kann.«

**Stefan:** »Bei mir ist das ähnlich. Meine Mutter war bereits Stifterin in der Bewegungsstiftung und bei filia. Ich habe mich dann für die Bewegungsstiftung entschieden, weil sie nah an sozialen Bewegungen dran ist und weil mich das Konzept überzeugt hat. Hier entscheiden die Stifter nicht alleine, sondern zusammen mit den geförderten Projekten und anderen Fachleuten.«

**Gibt es Eurer Meinung nach Unterschiede zwischen jungen und älteren StifterInnen?**

**Christina:** »Ich glaube, ältere Stifter können besser absehen, wie sich ihr Vermögen entwickelt und wofür sie es noch einsetzen möchten.«

**Stefan:** »Ich denke, sie gehen auch selbstverständlicher mit der Rolle als Stifter um. Ich zum Beispiel bin auch Aktivist und sehe mich eher in dieser Rolle und weniger als derjenige, der mit Geld die Welt verändert. Aber ich engagiere mich auch gerne in der Stiftung, um dort eine junge Perspektive einzubringen.«

**Welche politischen Themen sind Euch wichtig?**

**Christina:** »Mir sind Umweltschutzthemen wichtig und die Arbeit, die LobbyControl leistet. Ich finde es wichtig, dass diejenigen, die Macht haben, kontrolliert werden.«

**Stefan:** »Mich treiben Themen wie Globalisierung und Umweltschutz um. Aktuell sehe ich vor allem beim Thema Atomkraft die Chance, etwas zu verändern. Deshalb bin ich bei »X-tausendmal quer« aktiv.«

**Viele in Eurem Alter haben eher wenig Geld. Ihr hattet sogar Geld übrig, um es zu stiften. Ist Geld und die Tatsache, dass Eure Familien vermögend sind, ein Thema in Eurem Freundeskreis? Wissen sie, dass Ihr Stifter seid?**

**Christina:** »Für mich war das Thema Geld eigentlich immer ein Tabuthema. Meine Mutter wollte nicht, dass ich darüber spreche, auch aus Angst vor Entführungen. Stifterin bin ich ja noch nicht so lange. Mit meinen Freunden habe ich bisher nicht darüber geredet. Nicht, weil ich mich schäme. Aber sie haben dazu keine eigenen Erfahrungen und können deshalb auch nichts dazu sagen.«

**Stefan:** »Ich halte damit nicht hinter dem Berg. Aber aus der Rolle, vermögend zu sein, erwachsen auch Probleme, die Leute, die kein Geld haben, nicht kennen. Es stehen einem so viele Möglichkeiten offen, dass die Entscheidungen schwieriger werden. Was will ich tatsächlich mit meinem Leben machen?«

**Christina:** »Bei mir war das ganz genau so. Es geht nicht in erster Linie darum, Geld zu verdienen, sondern das Richtige zu machen. Das muss man erst einmal finden. Auf der anderen Seite nimmt das Vermögen den Druck vom Studium.«

**Stefan:** »Das ändert aber nichts daran, dass ich irgendwann einen Beruf haben will, mit dem ich mein eigenes Geld verdiene. Es ist schon ein anderes Gefühl, Geld auszugeben, dass ich selbst erarbeitet und nicht nur geerbt habe.«

**Was wünscht Ihr Euch für Eure persönliche Zukunft? Was wünscht Ihr Euch für die Stiftung?**

**Stefan:** »Für die Stiftung wünsche mir noch mehr tolle Projekte, die erfolgreich sind.«

**Christina:** »Also ich wünsche mir, dass ich nie den Mut verliere, gegen den Strom zu schwimmen und gegen die herrschende Meinung zu sprechen. Und für die Bewegungsstiftung wünsche ich mir, dass sie unnötig wird, weil wir die Verhältnisse so ändern, dass es die Stiftung nicht mehr braucht.«

\* Name geändert

# Solidarisches Wirtschaften, Flüchtlingsrechte und mehr Demokratie – unsere neuen Förderprojekte



Zwei unserer neuen Förderprojekte: Attac nimmt mit seiner Bankwechselkampagne verantwortungslose Großbanken ins Visier. Die Kampagne »Stop Genitalverstümmelung« setzt sich für die körperliche Unversehrtheit von Intersexuellen ein. Fotos: Attac, Dominik Huber/dominikphoto



## Mehr Demokratie

Der Verein »Mehr Demokratie« setzt sich für die Stärkung direkter Demokratie und für mehr Mitsprache von BürgerInnen ein. In Schleswig-Holstein will »Mehr Demokratie« diese Ziele nun mit einer Doppelstrategie vorwärts treiben. Im Bündnis mit anderen Gruppen wird der Verein dort zwei Volksbegehren starten. Mit dem einen soll die Landesregierung aufgefordert werden, eine Gesetzesinitiative zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen in den Bundesrat einzubringen. Mit dem anderen sollen die Regelungen für Bürgerbegehren in den Kommunen verbessert werden.

**Zuschuss: 7.000 Euro**

<http://sh.mehr-demokratie.de>

## Betriebe in Belegschaftshand

Wenn Finanzinvestoren Betriebe übernehmen, hat das häufig den Ausverkauf der Unternehmen und den Abbau der Belegschaft zur Folge. Dass es hierzu eine Alternative gibt, will die Kampagne »Betriebe in Belegschaftshand« am Beispiel des Öko-Textilversands Hessnatur beweisen. Als im Dezember 2010 bekannt wurde, dass ein Rüstungsinvestor Hessnatur kaufen will, gründete die Kampagne zusammen mit dem Betriebsrat und anderen Gruppen die Genossenschaft hnGeno. Diese sammelt nun Kapital ein, um beim Verkauf mit bieten zu können. Die Kampagne wird diesen Prozess

weiter begleiten und damit für ein alternatives, solidarisches Wirtschaften werben.

**Zuschuss: 6.500 Euro**

[www.solidarische-oekonomie.de](http://www.solidarische-oekonomie.de)

## Stop Genitalverstümmelung! in Kinderkliniken!

Seit Jahrzehnten werden in Deutschland Menschen mit »uneindeutigen« körperlichen Geschlechtsmerkmalen im Kleinkindalter mit Operationen und Hormongaben zu Mädchen oder Jungen gemacht. Dabei können diese Eingriffe schwere physische und psychische Schäden verursachen. Die Kampagne »Stop Genitalverstümmelung in Kinderkliniken« will das Thema in die Öffentlichkeit tragen, das Recht auf körperliche Unversehrtheit durchsetzen und ein Verbot der Verstümmelungen erreichen.

**Zuschuss: 9.000 Euro**

## Bankwechsel-Kampagne von Attac

Die Folgen der Bankenrettungen 2008 sind längst nicht überwunden. Die Banken machen weiter wie bisher – auf dem Rücken armer Menschen und Volkswirtschaften. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac ruft deshalb mit seiner Kampagne »Krötenwanderung jetzt!« zum Bankwechsel auf. Die Kampagne will den Unmut der Menschen über das ungerechte Finanzsystem sichtbar machen und die Politik zur wirksamen Regulierung des Bankensystems veranlassen.

**Zuschuss: 7.000 Euro**

[www.attac.de/bankwechsel](http://www.attac.de/bankwechsel)

## Alle bleiben!

Die Kampagne setzt sich für ein Bleiberecht von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo ein. Diese sind akut von Abschiebung bedroht, seitdem die Bundesregierung ein Rücknahmeabkommen mit der kosovarischen Regierung geschlossen hat. Sollten die Ausländerbehörden diese Pläne umsetzen, droht im Kosovo eine humanitäre Katastrophe. Denn rückkehrende Roma leben dort am Rande der Gesellschaft. Wir haben die Kampagne bereits 2010 mit 5.600 Euro gefördert. Nun erhält sie eine zweite Förderung in Höhe von **7.500 Euro**.

[www.alle-bleiben.info](http://www.alle-bleiben.info)

**stiftung bridge** Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft

## Netzneutralität geht alle an!

Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen stellen manche Internetprovider das bisher geltende Prinzip der Netzneutralität in Frage. Dieses besagt, dass alle Daten im Internet gleich schnell transportiert werden – ungeachtet ihres Absenders, Empfängers oder Inhalts. Die Unternehmen würden stattdessen gerne ein neues System einführen: Wer viel zahlt, dessen Datenpakete werden schneller übermittelt. Die Gleichbehandlung im Internet wäre aufgehoben. Die Kampagne will Protest dagegen mobilisieren.

**Zuschuss: 9.500 Euro**

[www.digitale-gesellschaft.de](http://www.digitale-gesellschaft.de)

# Widerständiges Leben mit Laptop, Trecker und Zirkuswagen

Bewegungsarbeiter vorgestellt: Jan Becker



Nachrichten sortieren, Fakten checken, Infos zu Atomkraft verbreiten: Jan Becker verbringt mehrere Stunden täglich am Laptop in seinem Arbeitswohnwagen. Foto: Katja Fitschen

Gelbe Holzkreuze in Form eines X, Protestplakate mit der Anti-Atomsonne, gelbe Tonnen mit Radioaktivitätszeichen am Rande der Landstraßen weisen daraufhin hin: Ich bin angekommen im Wendland. Genau dort – im Zentrum des Anti-Atom Widerstandes – auf einer Wiese zwischen Dannenberg und Lüchow wohnt Jan Becker in einem Zirkuswagen. Der 28-Jährige ist seit 2010 Bewegungsarbeiter. Ich habe mich auf den Weg gemacht, um zu erfahren, wie er lebt und arbeitet.

Zur Begrüßung zeigt mir Jan das Gelände. Auf der grünen Wiese, die an ein Kornfeld angrenzt und von großen Bäumen umgeben ist, stehen mehrere Bauwagen. Fünf davon gehören Jan und seiner Frau Kina – einer zum Wohnen, einer zum Arbeiten, einer zum Kochen, einer für Gäste und ein Toilettenwagen mit Sauna. Alle selber gebaut.

Mitten in dem Wagenkreis stehen blaue Holzgartenstühlen, daneben Töpfe mit Blumen und Kräutern. Dort erzählt mir Jan bei Kaffee, Kuchen und Sonnenschein von seiner Arbeit, die sich seit Jahren um ein Thema dreht: Atomkraft.

Sein normaler Arbeitstag beginnt morgens vor acht Uhr. Dann setzt er sich an sein Laptop im

Arbeitswohnwagen und beginnt Nachrichten zu sortieren. Danach speist er die Meldungen in die Datenbank des Informationsnetzwerkes »contrAtom«, das er vor neun Jahren ins Leben gerufen hat. Er prüft Aussagen von Politikern, recherchiert Hintergründe, erarbeitet Forderungen und verbreitet sie dann über das Web 2.0.

Die Schreibtischarbeit ist aber nur der eine Teil seines Engagements. Der andere Teil besteht darin, Proteste zu organisieren um Aufmerksamkeit zu erzeugen, zum Beispiel mit Treckertrecks und Kletteraktionen. Momentan versucht er, Widerstand gegen die Stromkonzerne zu organisieren und zur Energiewende zu mobilisieren. »Die Leute sollen selbst Initiative vor der eigenen Haustüre ergreifen«.

Außerdem plant er eine weitere Kampagne, die fordert, den Atomausstieg im Grundgesetz zu verankern.

Neben seiner Bewegungsarbeit studiert Jan in Lüneburg Umweltwissenschaften. Eigentlich wollte er im März mit seiner Diplomarbeit anfangen, doch dann kam Fukushima dazwischen. Seine Arbeit im Kampf gegen die Atomkraft hat Priorität.

Auf die Frage, was seine Lieblingsprotestform ist, antwortet Jan: »Lässig irgendwo herunterhängen ist schon cool!«, und meint damit das Abseilen von Gebäuden. Aber er fügt gleich hinzu: »Es geht mir nicht darum, mich selber durch solche Aktionen darzustellen.« Stattdessen bringt Jan auch anderen das Klettern und Abseilen bei und tritt bei den Aktionen in den Hintergrund. Er betont: »Ich würde meine Arbeit auch ehrenamtlich machen. Doch durch die Unterstützung der Paten habe ich mehr Möglichkeiten.« Daher freut sich Jan, der erst seit November 2010 Bewegungsarbeiter ist, über weitere PatInnen.

Das Engagierte vermischt sich bei Jan mit dem Realistischen. Seine Ziele definieren sich jeden Tag neu. »Ich will, dass die Kampagnen erfolgreich sind. Auch wenn es zum Atomausstieg kommt, hört die Arbeit ja nicht auf«. Bei Rückschlägen, wie der Entscheidung, die AKW-Laufzeiten zu verlängern, fragt er sich schon, wieso er das eigentlich alles macht. »Doch dann bekomme ich positives Feedback und merke, dass das, was ich produziert habe, in den Köpfen den Menschen landet.«

Und wie schaltet man ab, wenn man sein Engagement zum Beruf gemacht hat? »Heute morgen war ich Trecker fahren!«, sagt Jan Becker und lacht. Denn Jan und seine Frau sind nicht nur ins Wendland gezogen, um mitten im politische Geschehen zu sein: Es ist auch einfach schön hier. Katja Fitschen

## Werden Sie PatIn!

Wenn Sie Jan und seine Arbeit als PatIn unterstützen möchten, rufen Sie uns an (04231/957540) oder tragen Sie sich gleich online ein, unter:

[www.bewegungsarbeiter.de](http://www.bewegungsarbeiter.de)

# Erfolgs- spot

## Förderprojekte

Verschleierung von  
Politiker-Nebeneinkünften  
gestoppt



Protestaktion vor dem Bundestag: Ein Politiker-Darsteller stopft sich die Taschen mit Geldscheinen voll, um so auf die Nebeneinkünfte von Abgeordneten aufmerksam zu machen.

Foto: Ruben Neugebauer/ Campact

Unsere Förderprojekte LobbyControl, Campact und Mehr Demokratie haben zusammen mit der Organisation Transparency International einen großen Erfolg erzielt. Mit einer schnell ins Leben gerufenen Protestkampagne gelang es ihnen, die Verschleierung von Politiker-Nebeneinkünften unter 10.000 Euro vorerst zu verhindern.

Zum Hintergrund: Im April 2011 hatte der Ältestenrat des Bundestages dem Parlament eine Neuregelung zur Veröffentlichung von Abgeordneten-Nebentätigkeiten empfohlen. Bisher muss die Höhe von Nebeneinkünften in drei Stufen angegeben werden, in der höchsten werden sämtliche Beträge ab 7.000 Euro ohne Nennung der genauen Höhe erfasst. Die neue Empfehlung sieht sieben Stufen vor, deren letzte bei 150.000 Euro beginnt.

Das klang zunächst einmal sinnvoll. Doch bei dem vorgeschlagenen Modell sollte die Veröffentlichungspflicht erst ab 10.000 Euro pro jährlichen Zusatzverdienst greifen. ParlamentarierInnen hätten so theoretisch mehrmals im Jahr von verschiedenen Unternehmen jeweils 9.999 Euro annehmen können, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfahren hätte.

Diese Verschleierung wollte LobbyControl verhindern. Der in Köln ansässige Verein hatte im April sofort auf die Empfehlung des Ältestenrates reagiert und startete gemeinsam mit Campact, Mehr Demokratie und Transparency International eine Unterschriftenak-

tion mit der Forderung, dass PolitikerInnen ihre Nebeneinkünfte weiterhin ab einer Untergrenze von 1.000 Euro pro Jahr öffentlich machen müssen. Innerhalb von drei Tagen kamen 50.000 Unterschriften zusammen. Mitte Mai wurden sie Abgeordneten von FDP, SPD, Grünen und Linken zusammen mit einer Tüte Erdnüsse mit der Aufschrift »9.999 Euro sind keine Peanuts!« überreicht. Für die passenden Bilder bei der Aktion sorgte ein Politikerdarsteller: Er stopfte sich Geldbündel in die Taschen, die ihm von Gestalten mit weißen Masken überreicht wurden.

Erst nachdem das Kampagnenbündnis auf die Schummelregel aufmerksam gemacht hatte und unter dem Slogan »Wir wollen wissen, wer bezahlt!« das Thema in die Öffentlichkeit brachte, kritisierten auch Politiker die 10.000-Euro-Grenze. Die Rechtsstellungskommission erklärte daraufhin, die alte Formulierung sei ein Missverständnis gewesen und kündigte eine Überarbeitung an. Dieses Umdenken führt das Kampagnenbündnis auf den öffentlichen Druck zurück. »Erst wenn etwas bekannt gemacht wird, reagieren die Po-

litiker darauf«, so Astrid Goltz von Campact. Die NGOs warten nun auf den neuen Vorschlag. »Wir führen Gespräche mit Politikern und werden den weiteren Abstimmungsprozess kontinuierlich beobachten«, erklärt Timo Lange von LobbyControl.

Innerhalb kürzester Zeit und mit relativ wenig Aufwand konnte das Adhoc-Bündnis eine große Wirkung erzielen. Die erfolgreiche Zusammenarbeit ist nicht zuletzt auf das gute Netzwerk zurückzuführen, welches die Bewegungsstiftung seinen Förderprojekten bietet. »Solche Kooperationen sind schnell und effektiv, da man sich über die Stiftung kennt, voneinander weiß und sich in seiner Arbeit ergänzen kann«, sagt Astrid Goltz von Campact.

Katja Fitschen

Mehr Infos zu der Kampagne unter:

[www.wer-bezahlt.de](http://www.wer-bezahlt.de)

### Unsere Förderung:

Die Bewegungsstiftung unterstützt LobbyControl seit 2006 mit einer Basisförderung. Campact hat 2007 eine Kampagnenförderung erhalten, Mehr Demokratie war 2002 und 2007 Förderprojekt und ist 2011 erneut in die Förderung aufgenommen worden.

**Impressum: Herausgeber** Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe** Felix Kolb, Katja Fitschen **Verantwortlich** Wiebke Johanning, johanning@bewegungsstiftung.de **Kontakt** Telefon 04231 - 95 75 40, Fax 04231 - 95 75 41 info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier